

Multiple Krise? Zuspitzung, Bearbeitung und Gegenkräfte

14. Marxistische Studienwoche,
7. bis 10. August 2023, Frankfurt am Main.

Rund 60 Teilnehmer:innen diskutierten bei der von der *Heinz-Jung-Stiftung*, der *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* und dem *isw München* organisierten Studienwoche die »multiple Krise« des globalen Finanzmarktkapitalismus mit ihren verschiedenen Dimensionen, deren Entfaltung wir aktuell beobachten können. Auf dem Tagungsprogramm stand zu klären, welche Dimensionen die komplexe multiple Krise hat. So standen neben Transformationsprozessen des globalen Kapitalismus auch Umwelt- und Klimakrisen, Weltordnungsfragen, Wandel und Entdemokratisierung politischer Systeme im Fokus der Podien und Vorträge. Zentral blieb dabei stets, bei der Beleuchtung der unterschiedlichen Krisenerscheinungen auch deren innere Zusammenhänge herauszuarbeiten. Fragen, denen dabei nachgegangen wurde, waren: Welche Rolle spielen die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse und die kapitalistische Verwertungslogik? Verstärken sie andere Krisenelemente, die dann wiederum gegenwärtige Profitlogiken antasten? Sind alle Krisen Ausdruck und Resultat der kapitalistischen Verhältnisse? Ein zweiter inhaltlicher Block nahm die aktuell zu beobachtende systemstabilisierende Bewältigungsstrategien auf staatlichen Ebenen in den Fokus. Die Studienwoche schloss mit einem Podium zu Möglichkeiten progressiver gesellschaftliche Gegenkräfte mit alternativen Bewältigungsstrategien ab.

Die Woche startete am Montag mit einem Impulsreferat von *Dominik Feldmann* (Gießen), der in den Begriff der multiplen Krise einführte und dabei vor allem seine unterschiedlichen Konzeptualisierungen sowie dessen Aktualität in verschiedenen Kontexten beleuchtete. Eine besondere Rolle spielten dabei verschiedene Krisenkonstellationen im Kapitalismus, wobei Feldmann davon ausgeht, dass die gegenwärtige Krise als eine große Krise des Kapitalismus gedeutet werden könnte, aus der möglicherweise ein neuer Akkumulations- und Regulationstyp hervorgeht.

Hierauf und daran anknüpfend folgte ein Podium, auf dem *Anne Tittor* (Jena), *André Leisewitz* (Frankfurt/M.), *Peter Wahl* (Worms) und *David Salomon* (Darmstadt) die verschiedenen Krisendimensionen im Einzelnen beleuchteten. Anne Tittor ging dabei insbesondere auf die Ausprägungen der Umwelt- und Klimakrise ein sowie auf ihre Herbeiführung und Verursachung durch die kapitalistische Lebens- und Produktionsweise. Auch der Aspekt starker sozialen Ungleichheiten hinsichtlich Ursachen, Folgen und Formen der Bearbeitung der Klimakrise war bei ihrem Vortrag zentral. *André Leisewitz* stellte Thesen des erkrankten *Jörg Goldberg* zur Frage eines neuen Kapitalismus vor, wobei er sich insbesondere auf Marx' Analyse des Kapitalismus als einen umwandlungsfähigen und sich beständig im Prozess der Umwandlung begriffenen Organismus bezog. In dem Vortrag

wurde zudem benannt, dass Krisen des Kapitalismus auch immer Möglichkeiten für seine Überwindung eröffnen, wobei dafür allerdings politische Kraftverhältnisse entscheidend sind. In einem dritten Impulsvortrag ging *Peter Wahl* auf Weltordnungskrisen ein und besprach in diesem Zuge die Tragweite des Umbruchs, in welchem sich das internationale System derzeit befindet. Hierbei spielen vor allem das Ende der europäischen und nordamerikanischen Dominanz sowie wirtschaftliche und politische Entwicklungen im »Globalen Süden« eine Rolle. Diese Umbrüche führten in der Konsequenz zu einer systemischen Instabilität, hoher Konflikträchtigkeit und somit einem erhöhten Kriegsrisiko. Ebenfalls besprach er die Priorisierung der Herrschenden bei der Bearbeitung von geopolitischen Konflikten, wodurch materielle, finanzielle und politische Ressourcen, die zur Lösung anderer Probleme notwendig wären, absorbiert würden. Abschließend betrachtete *David Salomon* wesentliche Momente der Transformation der (westlichen) politischen Systeme und der politischen Öffentlichkeit. Er ging dabei unter anderem auf den Begriff der Postdemokratie, den Aufstieg der Rechten sowie die Schwäche der Arbeiterbewegung ein. Insgesamt wurde im Rahmen des Podiums vor allem erörtert, in welchem Maße Verknüpfungspunkte zwischen den Krisenelementen bestehen, ob sich diese gegenseitig beeinflussen und inwieweit sie sich gegenseitig verstärken und somit das Ausmaß der heute spürbaren multiplen Krise bestimmen. Die jeweiligen Inputs gaben den Teilnehmer:innen für die kommenden Tage Anstöße, um die einzelnen Krisendimensionen weiter zu diskutieren und zu durchdringen. Diese gleichzeitig in einen systemischen Zusammenhang zu stellen, gelang aus Zeitgründen jedoch nur begrenzt.

Am folgenden Dienstag analysierte zunächst *Rolf Czeskleba-Dupont* (Roskilde/Dänemark) die Rolle und Herkunft von Krisen im Kapitalismus, ihre unterschiedlichen Dynamiken sowie die damit zusammenhängende (Trans-)Formation der Gesellschaft. Im Anschluss erläuterte *Thomas Sablowski* (Berlin) Umbrüche im globalen Kapitalismus seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08. Dabei ging er unter anderem auf die Internationalisierung des Kapitals seit der globalen Krise ab 2007 sowie Konkurrenzverhältnisse zwischen den kapitalistischen Zentren ein. Den Nachmittag nutzten die Teilnehmer:innen für Lektüre und Diskussion in Arbeitsgruppen, die nach verschiedenen Dimensionen der multiplen Krise aufgeteilt waren. So konnte zwischen »Weltordnungsfragen«, »Umwelt- und Klimakrisen«, »Krisen der westlichen politischen Systeme« und einer AG zu Grundlagen des Marxismus gewählt werden. Die AG-Phase wurde zudem für eine tiefergehende Besprechung zentraler Begriffe und zum Klären von grundsätzlichen und offenen Fragen genutzt. In der AG zur Krise der politischen Konzepte ging es unter anderem darum, Krisenerscheinungen mithilfe von Gramscis Konzept der organischen Krise zu untersuchen und in dem Zuge zu besprechen, ob wir uns in einer Hegemoniekrise befinden, was beispielsweise durch den Aufstieg von rechten und faschistischen Bewegungen und Parteien nahegelegt wird. In der AG zur Klimakrise ging es darum, die Idee einer sozialbewussten Bekämpfung der Klimakrise zu erörtern. Dabei wurde insbesondere die Problematik der

Dringlichkeit sowie die damit einhergehende Frage nach Potentialen und Gefahren verschiedener Bündnisse näher diskutiert. Die AG zu Weltordnungsfragen konzentrierte sich auf den Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht und Technologieproduzent. Dabei wurde das Untergraben der regelbasierten und »liberalen« Weltordnung besprochen, sowie Fragen nach einer multi- beziehungsweise bipolaren Weltordnung, Möglichkeiten der Allianzen sowie Ambivalenzen beim Umgang mit internationalen Institutionen gestellt.

Am Mittwochmorgen gab *Michael Schwan* (Köln) einen Überblick zu Varianten transatlantischer Staatstätigkeit und konzentrierte sich dabei auf die empirischen Beispiele von »Inflation Reduction Act« und »Europäischer Grüner Deal«. Er betonte dabei aus theoretischer Sicht die zwei grundlegenden Konzepte der Regulationstheorie, welche er im Sinne eines periodenorientierten Vergleichs kapitalistischer Entwicklung besprach, sowie das Konzept der Fiskal- und Staatstheorie, welche die Doppelfunktion des Staates im Kapitalismus insbesondere in Krisenzeiten verdeutlicht. Ebenso warf Schwan empirische Schlaglichter auf jüngste Entwicklungen der Krisenbearbeitung auf EU-Ebene sowie auf Strategien der USA. Neben einem Aufzeigen der Kernbestandteile der unterschiedlichen Krisenpolitiken, ordnete er diese außerdem hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede ein. In einem anschließenden Vortrag erläuterte *Judith Dellheim* (Berlin) die »Zeitwende« und inwieweit diese das Ende des Neoliberalismus in Deutschland und der EU bedeutet. Ein Ende des neoliberalen Kapitalismus diagnostizierte Dellheim nicht, benannte jedoch einen neuen Etatismus, der sich nicht zuletzt in einem größeren militärischen Engagement der Bundesrepublik ausdrücke. Auch am Mittwoch hatten die Teilnehmer:innen in der zweiten Arbeitsgruppenphase für etwa vier Stunden Zeit, Fragen zu den einzelnen Themen auf Textbasis zu diskutieren. Außerdem wurde eine Präsentation der wichtigsten Erkenntnisse der jeweiligen Gruppen für das Abschlussplenum vorbereitet.

Die Studienwoche schloss am Donnerstag mit einem Podium, auf dem *Darya Sotoodeh* (Pressesprecherin Fridays For Future, Berlin), *Cedric Büchling* (Gewerkschaftsaktivist & ehem. VW-Arbeiter) und *Frank Deppe* (Marburg, Z-Beirat) linke Antworten auf die Vielfachkrise und gesellschaftspolitische Perspektiven diskutierten. Auch hier ging es darum, wie sich die gegenseitige Beeinflussung und Verstärkung der Krisenphänomene äußert und welche Bündnisse und Strategien von linken Gegenkräften sinnvoll sind. Als Beispiel wurde hier die gegenseitige Unterstützung von Klimastreik und Streikbewegungen im öffentlichen Nahverkehr genannt. Allgemein war die Studienwoche außerdem insbesondere durch Möglichkeiten für Austausch und Vernetzung geprägt. Dies beinhaltete abendliche Gesprächsrunden am Mainufer sowie einen gemeinsamen Besuch der Führung »Jörg Ratgeb – Fresken im Karmeliterkloster« in Frankfurt. Mitschnitte und Aufnahmen einzelner Vorträge sind im Internet unter <https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/video-radio> zu finden, Beiträge von Rolf Czeskleba-Dupont, Michael Schwan, Judith Dellheim und aus der Schlussrunde im vorliegenden Heft.

Karim Natour

Gelungende und misslingende Solidarisierung – 50 Jahre Spontane Streiks

Düsseldorf, DGB-Haus, 1. bis 2. September

Auf Einladung der Rosa-Luxemburg Stiftung und einer Reihe weiterer Unterstützer¹ trafen sich am 1. und 2. September etwa 70 Menschen im DGB-Haus Düsseldorf, um an die 50 Jahre zurückliegenden vor allem migrantisch geprägten spontanen Streiks in Westdeutschland zu erinnern und Fragen gelingender und misslingender Solidarisierungen zu diskutieren.² Insbesondere die Streiks bei Ford in Köln-Niehl, bei Pierburg in Düsseldorf-Neuss und bei Hella in Lippstadt, die allesamt 1973 in NRW ausgebrochen sind, bildeten den Ausgangspunkt für die Tagung.

Nach einer kurzen Begrüßung durch *Salvador Oberhaus* (RLS) begann der Freitag mit einem Zeitzeugenbericht von *Andres Lara*, ehemaliger Arbeiter bei Opel Bochum, dessen drohende Entlassung zu einem spontanen Streik der etwa 2.000 spanischen Arbeiter:innen im Werk geführt hat. Wie bei vielen der spontanen Streiks 1973 war diese Ungerechtigkeits Erfahrung nur der Auslöser, die Gründe für die vielfach aufflammenden Kämpfe haben sich langfristiger angestaut: die schwereren Arbeitsbedingungen der spanischen gegenüber denen der deutschen Arbeiter:innen, die unpassenden Urlaubsregelungen, die unwürdige Unterbringung in Wohnheimen. Entschieden spricht Andres sich gegen den Begriff der »wilden Streiks« aus, der die spontanen Widerstandsmomente als illegal disqualifiziert und betont demgegenüber, dass es immer Arbeiter geben wird, die sagen: »Es reicht!« und zwar unabhängig davon, wie die Gewerkschaft sich dazu positioniert.

Im anschließenden Kulturprogramm führten *Günfer Cölgeçen*, *Burçin Keskin*, *Miriam Meißner*, und *Kutlu Yurtseven* mit ihrer Darstellung der »Gastarbeiter-Monologe« inszeniert von *Mesut Bayraktar* in die Vielfalt subjektiver Erfahrungen im Gastarbeitsregime ein. Neben den enttäuschten Hoffnungen von Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben nach Deutschland kamen, sich aber dem Takt der Maschinen und dem Blick der Aufseher unterordnen mussten, rassistische Gewalt erfahren haben oder aber länger als erwartet im Heimatland zurückgelassen wurden, bildet der spontane Streik bei Ford einen Moment migrantischer Selbstermächtigung.

Der nächste Tag war dicht geplant mit einer bemerkenswerten Fülle an Vorträgen und Gesprächen. Den Auftakt bildete nach einer kurzen Begrüßung

1 Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bund und NRW), Otto-Brenner-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, IG Metall (Vorstandsressort Migration und Teilhabe sowie Geschäftsstelle Düsseldorf-Neuss), Institut für soziale Bewegungen in Bochum und German Labour History Association.

2 Von den Veranstaltenden wurde ebenfalls eine das Tagungsthema aufgreifende Publikation veröffentlicht, die online abrufbar ist unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/luxemburg_beitraege/lux_beitr_18_Streiks-1973_web.pdf

durch *Dr. Michaela Kuhnhenne* (HBS) die kritische Bilanz, die *Nihat Öztürk* (Vorstandsmitglied »Gelbe Hand« und ehemaliger 1. Bevollmächtigter IGM Düsseldorf-Neuss) aus den migrantischen Kämpfen um Anerkennung und der Rolle der Gewerkschaften zog. Seiner Bilanz zufolge haben die migrantischen Kämpfe, die in ihren Forderungen keine Partikularinteressen verfolgten, sondern vielmehr menschenwürdige Arbeit per se als ihr Ziel hatten, als Katalysator für die generelle Humanisierung der Arbeitswelt gewirkt. Vor allem innerhalb der IG Metall haben sich die Kämpfe organisationspolitisch auf die Anerkennung migrantischer Beschäftigter und ihre Integration in die Mitbestimmungsstrukturen in Betrieb und Gewerkschaft ausgewirkt. Die heutigen Entwicklungen in der Arbeitswelt und die zunehmende rassistische Segmentierung und Fragmentierung machen die gemeinsamen sozialen Kämpfe migrantischer und nicht-migrantischer Beschäftigter weiterhin notwendig und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Nationalismus.

Dass die migrantischen Kämpfe zu einem Umdenken in den Gewerkschaften führte, ist *Simon Goeke* zufolge auch auf europäischer Ebene (etwa in UK, Italien, Schweden) zu beobachten. Sein Vortrag kontextualisiert die migrantischen Kämpfe in Westdeutschland mit anderen sozialen Kämpfen in Deutschland und Europa und hebt insbesondere die Bedeutung der 68er Bewegung hervor für die Verbindung von migrantischen Kämpfen und betrieblich orientierter Studentenbewegung der BRD. Die Proteste gegen den Vietnamkrieg und diktatorische Regime etwa in der Türkei und Griechenland bildeten dabei einen wichtigen Bezugspunkt für migrantische Exilgruppen sowie die operaistisch und leninistisch verorteten Studentengruppen. Dass es beim Streik in Pierburg gelang, Solidarisierung zwischen migrantischen und deutschen Beschäftigten herzustellen, führt Goeke auf die Erkenntnis der eigenen Betroffenheit seitens der deutschen Arbeiter zurück, welche durch Flugblätter aber auch den Streik vorbereitende Kneipenbesuche und andere kommunikative Räume hergestellt wurde.

Die digital zugeschaltete 2. Vorsitzende der IG Metall *Christiane Benner* erläuterte den derzeitigen Stand migrantischer Teilhabe innerhalb der IGM. Mit einem Anteil migrantischer Mitglieder von 24% liegt die größte deutsche Gewerkschaft nur knapp hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 29%. Neben den spontanen Streiks 1973, mit denen die migrantischen Arbeiter:innen auch für Anerkennung und Teilhabe innerhalb der Gewerkschaften gekämpft haben, stellt die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetz 1972 einen wichtigen Beitrag zur Bedeutung der Gewerkschaften für migrantische Beschäftigte dar. Dass ihnen darin das aktive und passive Wahlrecht in betrieblichen Wahlen zugesprochen wurde, machte die Gewerkschaften für viele zum einzigen Ort demokratischer Teilhabe.

Es folgte eine szenische Lesung aus dem Buch »Fraternité. Schöne Augenblicke in der europäischen Geschichte«, in welchem *Bernd-Jürgen Warneken* den außerordentlichen Charakter des Streiks bei Pierburg in Neuss als einen Höhepunkt von Solidaritätserfahrungen in Europa würdigt und ihn in eine Reihe mit

dem Föderationsfest der Französischen Revolution 1790 und dem Gründungskongress der Ersten Internationale 1889 stellt.

Der Vortrag von *Nicole Mayer-Ahuja* stellte grundlegende Fragen nach der Möglichkeit von Solidarität unter den aktuellen Verhältnissen. Anschließend an die von Frank Deppe (1981) entlehnte Feststellung, dass im Kapitalismus Spaltung der Normalzustand ist und Einheit die Ausnahme darstelle, beschreibt sie Solidarisierung als permanenten, konflikthaften Prozess, der gemeinsame Interessen voraussetzt, die gleichzeitig als solche erkannt und wahrgenommen werden müssen. Ein Prozess, der durch die aktive Herstellung und Nutzung von Differenz seitens des Kapitals, etwa durch betriebsinterne Belegschaftsfragmentierungen, zunehmend erschwert wird. Um dennoch zu einem erweiterten »Wir« zu kommen, in dem die identitäre Grenzziehung nicht entlang ethnischer Zugehörigkeiten, sondern entlang des Klassengegensatzes verläuft, kommt es auf gemeinsame identitätsstiftende Erfahrungen statt Appelle an Solidarität an.

Welch enorme identitätsstiftende Kraft von gemeinsamen Arbeitskämpfen ausgehen kann, wurde im abschließenden Erzählcafé mit Zeitzeug:innen der spontanen Streiks 1973 deutlich. Moderiert von *Nuria Cafaro* (RLS NRW) erzählten *Irina Vavitsa* (ehemalige Betriebsrätin bei Hella Lippstadt), *Dieter Braeg* (ehemaliger Betriebsrat bei Pierburg), *Mitat Özdemir* (ehemaliger Arbeiter bei Ford Köln), und *Peter Bach* (ehemaliger Arbeiter bei Ford Köln) eindrücklich von den bedrückenden Arbeitsbedingungen, dem erlebtem Rassismus und dem Befreiungsschlag des kollektiven Widerstands. Selbst wenn das Ergebnis nicht immer den Forderungen entsprach und sich die migrantischen Beschäftigten oft von den Gewerkschaften im Stich gelassen gefühlt haben, so waren die Streiks doch insofern ein großer Erfolg, als dass sie das Bild des gefügigen »Gastarbeiters« zerstört haben und für die Beteiligten eine nachhaltige Selbstermächtigung bedeuteten. Wie *Mitat Özdemir* gesagt hat: »Der Baha hat mein Leben verändert, mit seinem Megafon.«

Leider wurde das Zeitzeugengespräch an das Ende eines sehr eng getakteten Programms gelegt, weswegen nur noch wenige Teilnehmende bis zum Schluss anwesend waren. Insgesamt war das Programm sehr umfangreich für den kurzen Zeitraum, sodass oft wenig Raum für Diskussion war. Im Mittelpunkt stand die Erinnerung an die spontanen Streiks 1973, darüber hinaus ist es nicht gelungen, einen Bogen zu heute zu schlagen. Die Streiks 1973 fanden vor allem in der Automobilproduktion statt und in Belegschaften, wo lokale und migrantische Arbeiter über den Arbeitsprozess verbunden waren. Wie haben sich die Voraussetzungen für solidarische Streiks in der Zwischenzeit verändert? Was bedeutet es, dass migrantische Arbeit heute vor allem in den Dienstleistungsbereich zu finden ist und teilweise kaum ein Kontakt mehr zur lokalen Arbeiterschaft besteht, etwa in der Landwirtschaft oder der Fleischindustrie? Was können wir von 1973 für das heutige Ge- oder Misslingen von Solidarisierung lernen? Diese Fragen hätten bei dem stark gewerkschaftlich geprägten Programm auch für die anwesenden Aktiven von Interesse sein können.

Mareike Biesel

Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und wirtschaftlicher Wandel – transnationale Perspektiven aus der Arbeitsgeschichte

58. ITH-Tagung, Linz, 7. bis 9. September 2023

Auch 2023 widmete sich die 58. Internationale Tagung der Historiker*innen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen in Linz einer arbeitsgeschichtlich und soziologisch dominierten Thematik. Als Zielsetzungen dieser Tagung formulierte das Programmpapier: Den Prozessen von Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und sozialem Wandel wollte sich die Tagung aus einer zugleich historischen und globalen Perspektive zuwenden.

Der Begrüßung durch die ITH-Präsidentin *Therese Garstenauer* schloss sich der Eröffnungsvortrag von *Alina-Sandra Cucu* (Berlin) zum Thema »Artikulationen des Arbeitsmarktes in den langen 1990er Jahren« an. Sie stellte ihre Forschungsergebnisse zum Transformationsprozess in Rumänien nach 1990 vor. Dabei traten besonders zwei Merkmale in den Vordergrund: Die vorher staatstreuen Gewerkschaften wurden schnell zu Befürwortern einer zügigen Privatisierung der vormaligen Staatsbetriebe, unterstützt von antikommunistischen und neoliberalen Intellektuellen mit Kontakten in die USA oder zur EU. Die nun unabhängigen Gewerkschaften mussten das Verhandeln mit den neuen Kapitalbesitzern lernen, entweder ehemalige Parteifunktionäre oder ausländische Manager. In Rumänien entwickelte sich eine schwere Transformationskrise mit Saisonmigration, Deprivation und Armut; die Verantwortlichkeit dafür wurde vereinzelt. So wurde Rumänien zu einem Standort, indem sich nach dem EU-Beitritt westliche Konzerne neu ansiedeln konnten, die vorher ihre Standorte im Westen Europas geschlossen hatten, wie z. B. Nokia.

In vier Panels suchten die Vortragenden und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Antworten auf Fragen der Deindustrialisierung und dem »Was kommt danach?« *Kaveh Yazdani* (ehem. Bielefeld, jetzt USA) stellte den Prozess der Verdrängung vorhandener manufakturerer und landwirtschaftlicher Potenziale in Indien durch die britischen Kolonisatoren vor. So waren die landwirtschaftlichen Erträge im 16. Jahrhundert im untersuchten Fürstentum Misore höher als zum Ende der Kolonialzeit Mitte des 20. Jahrhunderts. Überdies hatten die Briten durch Restriktionen die Eisenproduktion, die Baumwollverarbeitung und die Rohstoffförderung verdrängt bzw. sich selbst unterworfen. Allein zwischen 1800 und 1850, also parallel zur Kolonisierung, sank die Anzahl der Webstühle auf die Hälfte. *Juan Grigera* (London) betrachtete den Zusammenhang zwischen der Diktatur in Argentinien nach 1976 und dem Rückgang der Industrialisierung und hob hervor, dass dies politisch gewollt war, um einerseits die Arbeiterbewegung zu schwächen und zweitens eine neoliberale Öffnung zu bewirken. Diesen Konnex bestätigte auch *Angela Vergara* (California State University/USA) für die Zeit

der Pinochet-Diktatur in Chile von 1973–1990. Im zweiten Panel spielte der Begriff des »Lieferkettenkapitalismus« eine zentrale Rolle, bezogen auf Maßnahmen der Reindustrialisierung. Auf Kosten der Umwelt und mit Hilfe der technischen Steuerung und Überwachung von Abläufen und Arbeitskräften entstehen so gegenwärtig in Südafrika, in bisher abgelegenen Regionen Englands und in Zentralindien, so die Fallbeispiele, Logistikzentren und an Lieferketten angepasste Produktionsstätten mit hohem Flächenverbrauch, massiver Ressourcenvernutzung neue Produktionsareale mit der Folge der Verdrängung traditioneller Erwerbsquellen. Die Beiträge von *Bridget Kenny* (Witwatersrand/RSA), *Will Kendall* (London) und *Lokesh* und *Majur Chetia* (Delhi) waren hier sehr aufschlussreich. Hinzu trat der Beitrag von *Tanja Kotik* (Graz) über den Beginn der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit Mitte der 1980er Jahre, als der Joint Venture-Betrieb von Shanghai Volkswagen die Produktion aufnahm und die traditionelle Arbeitsteilung im Automobilbereich vor Ort revolutionierte und so Chinas Marktöffnung forcierte. Lokale und regionale Auswirkungen zwischen Industrialisierung und Deindustrialisierung betrachteten neben Angela Vergara für Chile noch *Peter Alaban* für dörfliche Regionen im Nordosten Ungarns und *Alicia Gorny* (Bochum) für das Ruhrgebiet. Sie bezog sich besonders auf den mittlerweile vergessenen Sektor der Textilproduktion mit seinen vorwiegend weiblichen Belegschaften, deren Abwicklung seit den 1960er Jahren nicht das öffentliche Augenmerk besaß wie das Schrumpfen der Standorte der Produktion von Kohle und Stahl mit seinen vom Selbstbild männlichen Arbeitens geprägten Strukturen. Diese Betrachtung lokaler und regionaler Auswirkungen komplettierten im vierten Panel *Andreas Fasel/Leo Grob* (Schweiz) für den lang andauernden Schließungsprozess einer Aluminiumhütte im idyllischen Wallis, *Tibor Valuch* (Eger) für Ungarn, *Andela Pepic* (Banja Luka) für das aus dem sozialistischen Jugoslawien hervorgegangene Bosnien-Herzegowina sowie *Istvan Horvath* (Cluj) für Rumänien im Grenzgebiet zu Ungarn. Allen vier Beiträgen war gemein, dass es nicht zuletzt die Schwäche der Gewerkschaften war, die eine strikte Abwälzung der Folgen auf die Arbeitenden ermöglichte. Für alle Gewerkschaften aus dem Bereich des ehemaligen europäischen Staatssozialismus galt, dass sie das Kämpfen gegen die neue Klasse der Kapitalisten, gleich ob internationales Kapital oder ehemaligen Parteikader, nicht gelernt hatten. Den Betroffenen blieb oft nichts als Nostalgie oder Hinwendung zum Populismus.

Den Abend beschloss eine Debatte über »Industrie 4.0 und der Wohlfahrtsstaat«, in der die Diskutanten auf die Verantwortung der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zur Gestaltung eines technologischen und sozial-ökologischen Umbaus eindringlich hinwiesen.

Dass es einen Unterschied ausmacht, ob der Staat gestaltend in Prozesse eingreift oder die Kapitalmacht einfach gewähren lässt bzw. neoliberal die Rahmenbedingungen verändert, durchzog beinahe alle Panels, so auch am Sonnabend. Hier eröffnete *Thomas J. Adams* aus den USA den Reigen der Beiträge mit seinem Überblick über einen zur industriellen Geisterstadt gewordenen Standort (An-

derson County) in South Carolina. Hier hatte die Gewerkschaft CIO nach 1945 versucht, grundlegende Verbesserungen für die Textilarbeiterschaft zu erstreiten. Nach schweren Arbeitskämpfen mit Todesopfern endete diese lang andauernde Kampagne mit einer schweren Niederlage der CIO, von der Demokratischen Partei im Stich gelassen. Neben der Abwanderung vieler Unternehmen besonders nach Mexico prägte diese Niederlage der Arbeiterbewegung das aggressive Verhalten der Unternehmer: Unnachgiebigkeit gegenüber den Beschäftigten und Gewerkschaften und Erpressungsrhetorik gegenüber der Politik. Ähnliches berichtete die in Norwegen lehrende *Aynur Özugurlu* über einen sozial profilierten Kohlebergbaubetrieb in Corum/Türkei. Aus dem »Paris von Corum«, so genannt wegen der kulturellen und sozialen Initiativen des Betriebes, wurde mit Hilfe der Regierung ein »zweites Palästina«, nachdem der Betrieb 2002 privatisiert und zerschlagen wurde. Was in den Köpfen der Betroffenen blieb war die Erinnerung als permanente Anklage, aber auch das Wissen um die Fähigkeiten zur Selbstgestaltung. *Sumeet Mhaskar* (Jindal/Indien) sprach über die Remigration von »Bauern-Arbeitern« von Mumbai auf das Land und die Gründe der Rückkehr, aber auch über die Veränderungen, die die Erfahrungen dieser Arbeitergruppen auf dem Land auslösten, zum Beispiel über Selbstorganisation und politische Initiativen. *Sorin Gog* (Cluj/Rumänien) gab einen Überblick über die Integration bzw. Desintegration der Roma im nördlichen Rumänien, die zumeist als Angelernte in der Industrie arbeiteten. Ihre Depravierung nach 1990 machte den Weg frei für die Umwandlung dieser Standorte für Billigstproduktion für Wertschöpfungs- und Lieferketten, z. B. für IKEA.

Das fünfte Panel diskutierte über die Erinnerungskulturen nach den Deindustrialisierungsprozessen. *Stefan Backius/Asa Melin* (Karlstad/Schweden) schlossen aus der Tendenz zur Idealisierung der Zeit vor der Zerschlagung der SKF, die Kugellager für den Weltmarkt produzierte, auf einen psychologischen Verdrängungsprozess, zumal der vorzufindende Lokalpatriotismus sich aus dieser »goldenen Zeit« speist und politisch mit der Sozialdemokratie verbunden blieb. Für Finnland sahen *Christoffer Holm/Matias Kaihovirta* (Abo University) eine andere Nuance. Hier habe sich die Hoffnung auf einen Neuanfang und auf ökologische Wendeprozesse der Produktion erhalten. An diesem Beispiel entspann sich eine auch in der Schlussbetrachtung weiter geführte Debatte über männliche und weibliche Repräsentation von Arbeit. Gemeinsam war vielen der Fallbeispiele, dass Schließungen von männerdominierten Industrien eine höhere öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren als jene, in denen vorwiegend Frauen tätig waren. Dass hier klassische Rollenverständnisse und -praxen wirksam waren, wurde ebenso zur Sprache gebracht wie die Veränderungen in den Familienbeziehungen, die durch Deindustrialisierungen ausgelöst wurden.

Die 59. ITH-Konferenz findet vom 26. bis 28. September 2024 statt.

Holger Czitrich-Stahl

Frieden schaffen – Höchste Zeit für Politik

Tagung »Frieden schaffen«, Frankfurt/M., 1. Oktober 2023

»Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum der Krieg in der Ukraine schnell gestoppt werden muss. Jeden Tag werden Menschen sinnlos getötet, jeden Tag wächst die Gefahr einer Eskalation des Krieges. Jeden Tag vertieft sich die Spaltung der Welt. Aber wir brauchen eine gemeinsame Zukunft, auch mit Russland, um die großen Herausforderungen zu bewältigen. Wir bekennen uns deshalb zu den Leitideen der Gemeinsamen Sicherheit und der Nachhaltigkeit.« So lauteten die Kernsätze der Einladung der Initiative »Frieden schaffen« für den 1. Oktober nach Frankfurt am Main. Rund 250 Menschen waren der Einladung gefolgt. Eingeladen hatten der Historiker *Peter Brandt*, der frühere DGB-Vorsitzende *Reiner Hoffmann*, der Friedensaktivist *Reiner Braun* und der ehemalige Staatssekretär *Michael Müller* (SPD).¹ Den von ihnen initiierten gleichnamigen Aufruf vom April 2023 haben zahlreiche Gewerkschafter:innen, Mitglieder und ehemalige Funktionsträger der SPD und einige Vertreter:innen der Linken und weitere Aktive in der Friedensbewegung unterzeichnet.² Auch unter den im Saal Anwesenden waren viele Gewerkschafter:innen und generell viele, die bisher und seit Beginn des Ukraine-Krieges nicht als Aktivist:innen der Friedensbewegung hervorgetreten waren, die nun aber offenbar auf den Ernst der Lage reagieren wollten. Der Blick über die Reihen fiel auf »reife Baumwollfelder«. Eingefunden hatte sich überwiegend eine ältere Generation, darunter viele, denen die »gute alte Zeit« der Friedensbewegung aus den rund 40 Jahre zurückliegenden Zeiten des »Krefelder Appells« noch bekannt gewesen sein dürfte. Diese Zeit liegt lange zurück. Aber ein Nostalgitreffen war das hier dennoch nicht.

»Wir hier im Saal sind uns sicherlich nicht in allem einig, was die Fragen von Krieg und Frieden betrifft«, sagte *Peter Brandt* zu Beginn der Tagung. Aber Konsens sei doch wohl, so fügte er hinzu, dass man das Agieren der Bundesregierung im Ukraine-Krieg sehr kritisch sehe. Das Gebot der Stunde sei daher: Es brauche nicht immer mehr Waffen für einen »Sieg«, sondern dringend eine politische Initiative zur Beendigung des Krieges. Auch der per Video zugeschaltete hessische DGB-Vorsitzende *Michael Rudolph* kritisierte, es fehle immer offensichtlicher an einer politischen Friedensinitiative der Bundesrepublik.

Ein Grußwort von *Reiner Hoffmann* müsse leider entfallen, teilten die Veranstalter mit, weil er sich auf einer Reise nach Kiew befinde. Ebenso entfiel das angekündigte Grußwort des Frankfurter Oberbürgermeister *Mike Josef* (SPD) wegen, so hieß es, Problemen in der Frankfurter Koalition (aus SPD, Grünen, FDP und Volt).

1 https://frieden-und-zukunft.de/2023-04-01_aufruf-frieden-schaffen/. Auf dieser Seite sind viele Beiträge der Tagung online zugänglich

2 <https://friedenschaffen.net/aufruf-frieden-schaffen/>.

Der Politikwissenschaftler *Hajo Funke* unterstrich die Legitimität der bewaffneten Selbstverteidigung der Ukraine. Man müsse inzwischen aber doch ernsthaft fragen, ob den Interessen der Ukraine und vor allem der Bevölkerung dieses Landes mit politischen Initiativen nicht besser gedient sei. Denn das mörderische und zerstörerische Kriegsgeschehen sei erkennbar längst zum eigentlichen Problem selbst geworden, betonte Funke. Ganz ähnlich sah es sein amerikanischer Kollege *Jeffrey Sachs* in einem Videobeitrag. Die Gegenoffensive der Ukraine sei gescheitert. Die Ukraine habe durch Massenauswanderung, Gebietsverluste und Kriegstote etwa zehn Millionen Menschen verloren. Die Wirtschaft sei ruiniert. Auch mit immer mehr Waffen könne die Ukraine auf dem Schlachtfeld nicht siegen. Jetzt müsse es heißen: Zurück zu Politik. Ein Video-Beitrag der russischen Friedensaktivistin *Asya Gageeva* kam leider nicht zustande. *Yurii Shereshenko*, Pazifist und Friedensaktivist aus der Ukraine und per Zoom zugeschaltet, sah den Krieg zunehmend in einer lose-lose-Situation. Jetzt müssten sich beide Seiten bewegen, um für alle eine win-win-Situation herzustellen.

Ähnlich argumentierte auch Funke und bezog sich dabei auf eine Initiative, die er zusammen mit dem früheren Bundeswehr-Generalinspekteur *Harald Kujat*, mit dem früheren Kanzlerberater *Horst Teltschik* und mit Peter Brandt entwickelt habe.³ Diese substanzielle Initiative ist – mit Ausnahme der Linken – von der bundesdeutschen Politik und von den tonangebenden Medien kaum beachtet worden. Funke machte darauf aufmerksam, in der Front der Bellizisten diesseits und jenseits des Atlantiks gebe es erkennbar Ermüdung und erste Absetzbewegungen. Deutschland solle jetzt »Emissäre zu allen Beteiligten« aussenden und prüfen, welche politischen Lösungen machbar seien. Es habe ja schon im März 2022 ernsthafte Verhandlungsansätze gegeben, die von Großbritannien und den USA hintertrieben worden seien. Vor allem auf die USA müsse Druck ausgeübt werden. Und auch auf die Bundesregierung. Funke nannte einige konkrete Vorschläge aus der von ihm mit Kujat, Teltschik und Brandt entwickelten Initiative: Die Ukraine könne einen neutralen Status erhalten, eine UN-Friedenstruppe könne ihre territoriale Integrität schätzen, ein 50-Kilometer-Korridor an der Grenze zu Russland solle dem Land zusätzliche Sicherheit bieten. Hinsichtlich der Ukraine solle ein 15-jähriges Moratorium vereinbart werden, das genutzt werden könne, um eine politische Lösung zu vereinbaren. Russland habe für solche Vorschläge, so Funke, im vergangenen Jahr auch ernsthaftes Interesse gezeigt.

Der frühere EU-Kommissar *Günter Verheugen* (SPD) unterstrich: In diesem Krieg hingen viele noch immer an der Illusion vom »Siegfrieden«. Die EU beuge sich viel zu sehr im Kielwasser der USA. Stattdessen solle man sich an die »großartige Idee« eines gemeinsamen europäischen Hauses erinnern. Das müsse Russland als europäisches Land einschließen. Es fiel auf, dass Verheugen zwar das politische und wirtschaftliche, nicht aber das militärische Potenzial der EU

3 <https://weltwoche.ch/daily/diesen-krieg-kann-niemand-gewinnen-es-ist-vor-allem-im-interesse-der-ukraine-sobald-wie-moeglich-einen-waffenstillstand-anzustreben-der-die-tuere-fuer-friedens-verhandlungen-oeffnet-put>

hervorhob. Die frühere Bonner Oberbürgermeisterin *Bärbel Dieckmann* (SPD) erinnerte daran, dass viele Länder des globalen Südens bei der westlichen Kriegsbegeisterung nicht mitziehen. Armut in der Welt oder der Klimawandel – das seien die eigentlichen Aufgaben, die angepackt werden müssten. *Helga Schwitzer*, früheres geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, kritisierte die sozialen Folgen der bundesdeutschen Unterstützung des Krieges. Die seit 2022 beschlossenen Rüstungsmaßnahmen – 100 Milliarden Sondervermögen und das Zwei-Prozent-Ziel für den Rüstungshaushalt – gälten vielen schon nicht mehr als ausreichend. Der Haushaltsentwurf für 2024 setze den Rotstift bei zahlreichen sozialen Ausgaben an, vertiefe die soziale Spaltung, während gleichzeitig die Gewinne vieler Konzerne in die Höhe gegangen seien. Das alles sei auch »Futter für den Rechtspopulismus«, warnte die Gewerkschafterin. Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit sei zugleich auch Engagement für die Stabilisierung der Demokratie.

In vielen Beiträgen wurde an die Politik der gemeinsamen Sicherheit von Willy Brandt und Egon Bahr erinnert, die von den Bellizisten aller Couleur heute als unzeitgemäß verspottet wird. Die Tagung kam auch in den Genuss einer Video-Botschaft des SPD-Bundestags-Fraktionsvorsitzenden *Rolf Mützenich* an die »lieben Genossinnen und Genossen«. Also eines Vertreters der Regierungspartei, die für all die zuvor kritisierten Entwicklungen maßgeblich verantwortlich ist. Mützenich gab seiner Hoffnung Ausdruck, diese »wichtige Tagung« möge der Diplomatie Impulse geben. Er plädierte für ein entschiedenes Einerseits-Andererseits. Er stellte die militärische Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung nicht in Frage, räumte aber auch ein, es gebe auch das Risiko der immer weiteren Eskalation, und Initiativen für politische Lösungen seien zu begrüßen. Eine konkrete Initiative in diesem Sinne konnte er aber nicht ankündigen. Sein Statement verknüpfte er mit den Namen von *Willy Brandt*, *Gro Harlem Brundtland* und *Bruno Kreisky* – was vielen Teilnehmenden im Saal sicherlich gut gefallen hatte. Es wäre allerdings zu einfach, diese Positionierung eines maßgeblichen SPD-Politikers als bloße Beschwichtigung abzutun. Mützenich reagierte offensichtlich auf eine wachsende Verunsicherung nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der SPD. Die Präsenz vieler SPD-Mitglieder und Funktionsträger im Saal – und auch die Tatsache, dass zahlreiche Repräsentant:innen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften den Aufruf »Frieden schaffen« unterzeichnet haben – zeigen an, dass der Kriegskurs der Regierungspartei SPD im eigenen Lager nicht – oder nicht mehr – einhellig unterstützt wird. Der Wunsch nach militärischer De-Eskalation und mehr Diplomatie und Politik wird auch dort stärker.

Reiner Braun, langjähriger Friedensaktivist seit den Tagen des »Krefelder Apells«, nahm diesen Gedanken auf. Wir müssen viel mehr Druck ausüben für eine politische Beendigung des Krieges, appellierte er. Dafür müssten wir jeden »kleinkarierten Streit zurückstellen« und die geplante »Großdemo« am 25. November in Berlin zu einem Erfolg machen für Abrüstung und eine politische Friedenslösung. Mitte Oktober dann wurde auch der Aufruf zu dieser Demo unter dem

Motto »Nie wieder Krieg« online gestellt⁴. Zu diesem Zeitpunkt war der Kreis der Unterzeichner:innen noch deutlich kleiner als der Friedensappell vom April.

Der Redaktionsschluss für diese Z-Ausgabe war ebenfalls Mitte Oktober. Wenn das Heft vorliegt, wird man einschätzen können, wie erfolgreich die genannte Initiative war. Für eine breite und wirkungsmächtige Friedensbewegung wird es auf die Dauer auf jeden Fall mehr brauchen als die alten Kämpfen der Friedensbewegung, auch wenn deren Mobilisierung sicher sinnvoll ist. Immerhin war der Krefelder Appell mit seinen damals vier Millionen Unterschriften die erfolgreichste Friedensinitiative, die es in der Bundesrepublik je gab. Die Zeiten haben sich gewandelt. Dazu müssten heute auch andere Teile und Strömungen der in sich sehr heterogenen Friedensbewegung gewonnen werden. Und dazu müsste auch die politisch interessierte jüngere Generation aktiviert werden, von der hier noch deutlich zu wenig die Rede war und die im Saal auch weitgehend fehlte. Und es stellt sich auch die Frage, wo bei dieser ganzen Debatte eigentlich die Partei Die Linke war, die bei dieser Tagung eigenartig abwesend wirkte.

Und wo sind bei alledem nun eigentlich die Gewerkschaften, ohne die es ja nicht geht, wo ist ihr großer Friedensaufruf? fragte Moderator *Claus-Jürgen Göpfert*, früherer Redakteur der Frankfurter Rundschau, in der Abschlussdiskussion. Eine sehr berechtigte Frage, denn auch die Gewerkschaften hatten sich bisher auch in den Fragen von Frieden und Abrüstung eher dem Narrativ der SPDgeführten Bundesregierung vom weltweiten Kampf der Demokratie gegen den Autoritarismus gefügt. Trotz ihrer Kritik an den Ausrüstungsbeschlüssen der Ampel-Koalition waren sie bisher als treibende Kraft der Friedensbewegung nicht in Erscheinung getreten.

Jürgen Peters, früherer Erster Vorsitzender der IG Metall und einer der zahlreichen gewerkschaftlichen Unterzeichner des Appells »Frieden schaffen« vom April, plädierte energisch für eine politische Friedensinitiative. Aber auch er konnte keinen großen Friedensaufruf der Gewerkschaften präsentieren. Er konnte aber beitragen zur Aufklärung über die eigentlichen Motive, die zur Eskalation dieses Krieges beigetragen haben. Er kritisierte die »seltsame Art von Kriegsbegeisterung«, die sich überall breit gemacht habe und benannte die Verantwortung des Westens für die Eskalation des Krieges und dessen Sabotage von ernst zu nehmenden politischen Friedensinitiativen. Seine Schlussfolgerung, es gehe »um geopolitische Interessen des Westens«, dürfte der Regierungskoalition nicht schmecken, die einen Krieg befeuert, den andere ausfechten sollen. Daher gab er seinem Statement den ironischen Titel »Mit eines anderen Arsch ist gut durchs Feuer fahren«.

Er richtete aber an die Bundesregierung die Forderung: »Wir haben alles zu tun, um den Frieden wieder zu ermöglichen und alles zu unterlassen, was die kriegerische Auseinandersetzung weiter befeuert.« Er erinnerte an gewerkschaftliche Beschlüsse zu Frieden und Abrüstung und übte scharfe Kritik an der friedenspolitischen Intransigenz und Inaktivität der Gewerkschaften. Gerade die

4 <https://nie-wieder-krieg.org>

Gewerkschaften mit ihrer guten Organisation hätten hervorragende Möglichkeiten, überall hörbar ihre Stimme für Frieden und Abrüstung zu erheben. In der »Frankfurter Rundschau« vom 25.10. empfahl Jürgen Peters allen Gewerkschaften und ihren Gliederungen, sich den Termin der Demonstration am 25. November »auf die Fahnen zu schreiben«. Für sie sei es höchste Zeit, »wieder« ein wirksamer Teil der Friedensbewegung zu werden.

Jürgen Reusch

Der Kapitalismus an den Kippunkten von Natur und Gesellschaft

16. Braunschweiger Gramsci-Tage, Braunschweiger Gewerkschaftshaus, 6. bis 7. Oktober 2023

Die Anfang Oktober nun schon zum 16. Mal stattfindenden *Braunschweiger Gramsci Tage* versuchten unter dem Titel »Der Kapitalismus an den Kippunkten von Natur und Gesellschaft – Perspektiven für einen nachhaltigen Sozialismus« die nicht nur in der gesellschaftlichen Linken diskutierten, allgegenwärtigen Krisendiagnosen mit einer trotz alledem fortschrittlichen Gesellschaftsentwicklung und der sie vorantreibenden politischen Praxis zu verbinden. In der Begrüßung wurde dieser Anspruch zunächst in Verbindung mit dem Namensgeber Antonio Gramsci gebracht. In dessen Sinne sollte die Tagung durch Zusammenführen von Personen aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft einen Beitrag zur Verbindung von theoretischer Reflexion mit politischer Praxis und somit auch zur Schaffung organischer Intellektueller in und aus der gesellschaftlichen Linken leisten, so *Andreas Klepp* (Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen). Die dabei anzuvizierende Perspektive des Sozialismus sei dabei vor allem unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit zu konkretisieren. Diesen Aspekt hob auch *Michael Kleber* (DGB, Regionsgeschäftsführer SüdOstNiedersachsen) hervor, für den eine entsprechende Skizzierung gesellschaftlicher Alternativen angesichts der gegenwärtigen Transformationsprozesse auch ein Beitrag zu Konkretisierung und Vermittelbarkeit des ansonsten oft abstrakten und negativen Sozialismusbegriffes sein könne. *Norbert Kueß* aus dem Vorbereitungskreis kam abschließend auf die geologisch-soziologische Zeitdiagnose des Kapitalozäns zu sprechen, angesichts der sich die von der Veranstaltung aufgeworfene Frage nach einer nachhaltig-sozialistischen Gesellschaftsalternative besonders dringend stelle.

Den Weg hin zu dieser mit einem »Kompass zur Nachhaltigkeitsrevolution« zumindest zu skizzieren, war dann Anspruch des Vortrags von *Klaus Dörre* (Friedrich-Schiller-Universität Jena). Nachhaltigkeit als Überwindung des instrumentellen Verhältnisses zur Natur als »Gratisressource« sei gerade deshalb zentrales Element einer zeitgemäßen sozialistischen Gesellschaftsalternative, da nur so

auch die zentrale Dynamik hinter der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aufgehoben werden könne. Zentrale Leitlinien dieser wären demnach eine Planung der Produktion unter der Maßgabe möglichst langlebiger, einfach handhabbarer und vielfältig einsetzbarer Güter sowie die Umverteilung von Einkommen *und* Eigentum in Formen kollektiven Selbsteigentums. Charakterisiert sei dieses im Unterschied zu anderen Formen kollektiven Eigentums – wie bspw. durch den Staat – durch eine individuelle (Teil-)Verantwortung, die jedes Individuum für das jeweilige Eigentum besitze. Hier sah Dörre auch einen politischen Ansatzpunkt für die Gewerkschaften und ihre traditionelle Forderung nach einer Erweiterung der Mitbestimmung, die in Kombination mit der Klimafrage und vor allem der Klimabewegung eine neue Durchschlagskraft gewinnen könne. Über die gewerkschaftliche Sphäre hinaus verwies Dörre für eine politische Strategie auf das Beispiel der KPÖ, die mit einer auf zentrale Gemeinsamkeiten fokussierten Themensetzung zwar noch nicht die Eigentumsfrage stellen könne, sehr wohl aber die Grundlagen dafür schaffe.

Den Samstag eröffnete inhaltlich *Ingar Soly* (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Institut für Gesellschaftsanalyse), der sich auf die für ihn sich in mehreren Dimensionen darstellende Dauerkrise des globalen Kapitalismus und ihre Folgewirkungen konzentrierte. Innerhalb dieser finde eine permanente Verschiebung der Krisenherde von einer Dimension zur anderen statt, was die politischen Eliten zu einem permanenten Krisenmanagement zwingt. Aus diesem Prozess hätten sich seit der globalen Finanzkrise allerdings zwei unterschiedliche Entwicklungspfade ergeben. Während innerhalb des globalen Westens vor allem eine innere Abwertung der Kosten für das Kapital mittels Austerität gesetzt wurde, setzte China (erfolgreich) auf eine verstärkt staatsinterventionistisch gelenkte Wirtschaft und etablierte somit eine Alternative, die insbesondere von den USA zunehmend als Konkurrenz aufgefasst wurde. Die bekanntermaßen durch den Austeritätskurs ausgelösten sozialökonomischen Konflikte innerhalb des Westens dürften sich dabei unter den Vorzeichen a) notwendiger Investitionen in Dekarbonisierung und Digitalisierung, b) einer verschärften De-Globalisierung unter der Prämisse der »systemischen Rivalität« und c) der Ausgaben für die zunehmende Militarisierung dieser Konfliktkonstellation noch verschärfen. Inflation und Rezession seien hier nur als Stichworte genannt. Politisch empfahl Soly einen erneuten Anlauf zu einer Sozialisierung von Eigentum durch das Knüpfen von staatlichen Hilfen für das private Kapital an politisch bestimmte Bedingungen – von sozialen Garantien bis hin zu Eigentumstiteln.

Ines Schwerdtner (Publizistin, ehemals Jacobin) schloss mit einer Analyse der politischen Akteure innerhalb dieser Konstellation an. In der politischen Sphäre dominiere ein primär diskursiver Kulturkampf, bei dem die realen wirtschaftlich-politischen Machteliten dieses Landes aber unangetastet blieben. Eine Organisation, die diese im Sinne sozialistischen Nachhaltigkeitsalternative herausfordere, gäbe es höchstens in Teilbereichen der Gesellschaft, nicht aber als *ein* strategisches Zentrum, das diese verbinde.

Michael Brie (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Institut für Gesellschaftsanalyse) konstatierte das Fehlen eines solchen Akteurs in ganz Europa als Ausdruck dafür, dass das einst für die Arbeiter*innenbewegung grundlegende Paradigma der Solidarität bisher nicht unter den Bedingungen des Neoliberalismus subjektiv aktualisiert werden konnte, der notwendigen politischen Organisation also die geistige Grundlage fehle. Unter diesem Gesichtspunkt stelle die seit einigen Jahren wieder diskutierte (sozialistische) Klassenpolitik allerdings einen Hoffnungsschimmer dar, da hieran zumindest die Orientierung einer größtenteils nur noch akademischen Linken auf ein notwendiges Mitte-Unten-Bündnis mit einer breiteren gesellschaftlichen Masse zum Ausdruck komme.

Nach einer Workshophase in Kleingruppen endete die Tagung mit einer Podiumsdiskussion, auf der verschiedene Vertreter*innen politischer Jugendorganisationen (Die Falken, Fridays For Future, SDS, ver.di Jugend) zu Wort kamen. Sie alle teilten die Erfahrung von paralleler, aber oftmals unverbundener Organisation bis hin zu einer vollkommen individualistischen Reaktion von Jugendlichen auf gesellschaftliche Krisenprozesse. Demgegenüber wurde vor allem die Verteilungsfrage als ein Thema mit verbindendem Potential gesehen, für das durch kollektives Engagement auch die heutzutage umso notwendigere Erfahrung von kollektiver Handlungsfähigkeit vermittelt werden könne. Für eine so erfolgreiche Politisierung sei es entscheidend, allgemeinpolitische Anliegen auf möglichst konkrete Ziele und Konfliktgegner zu beziehen. Nur so könnten dann auch sozialistische Prinzipien jenseits abstrakter Ideologiedebatten auch am konkreten Beispiel erfahr- und nachvollziehbar gemacht werden – eine zentrale Leistung, die letztlich alle an der Tagung beteiligten Organisationen zu erbringen sich als Ziel gesetzt haben.

Yannik Pein

Universitäten für den Frieden, nicht den Krieg

Zivilklausel-Kongress, Kassel, 28. bis 29. Oktober

Der seit 600 Tagen andauernde Krieg in der Ukraine oder die Eskalation im Nahostkonflikt: Kriege sind wieder Thema im Alltag. Die vorherrschende Meinung in Deutschland, man müsse Israel, die Ukraine oder andere Staaten bedingungslos unterstützen – auch und vor allem mit Waffen – ist breit in Talkshows, Tageszeitungen und sozialen Medien vertreten.

Für einen weiteren eskalierenden Schub in der Kriegsrhetorik an der sogenannten Heimatfront sorgte der Verteidigungsminister Boris Pistorius, der sich nach einem »kriegstüchtigen« Deutschland sehnt¹, um die Bevölkerung weiter an

1 Vgl. Boris Pistorius »Folge gewaltsamer Konflikte: Pistorius fordert »wehrhafte« Nation«. Tagesschau, 30.10.2023. Siehe https://www.tagesschau.de/multimedia/video/schnell_informiert/video-1266930.html

Kriege zu gewöhnen. Die Bundeswehr sei nicht ›kriegstüchtig‹ genug, sondern in marodem Zustand. Auf einen Angriff »des Feindes« sei Deutschland nicht vorbereitet und es schicke zu schlechte Waffen an die Verbündeten. Olaf Scholz erklärte noch 2022, dass niemand im »ähnlichen großen Umfang« Waffen an die Ukraine liefere, wie es Deutschland mache. Deutsche Journalist:innen korrigieren, dass andere viel ›hilfreicher‹ seien.² Daher mahnen immer mehr deutsche Politiker:innen, die Rüstungsindustrie müsse produktiver werden.³

Es dauerte nicht lange bis in dem aktuellen Diskurs auch Universitäten in den Fokus genommen wurden. Die Kooperationen zwischen Universitäten und Rüstungskonzernen sind erwünscht; im Weg stehen die Zivilklauseln vieler Universitäten in Deutschland. Die Selbstverpflichtung, ausschließlich zu zivilen Zwecken zu forschen, wurde Anfang der 2010er an einer Reihe deutscher Forschungseinrichtungen verankert.⁴ Und nun machen Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger oder CDU-Chef Friedrich Merz auf parlamentarischem Weg Druck, sie zu beseitigen. Der Chef der Akademie der deutschen Technikwissenschaften (Acatech) fordert derweil, die Zivilklauseln loszuwerden, um »neuartige Verteidigungswaffen« zu entwickeln.⁵

Unter diesen Umständen initiierte die DFG-VK einen von mehreren linken und friedensbewegten Gruppen organisierten Zivilklausel-Kongress in Kassel am letzten Oktoberwochenende 2023 mit etwa 50 Teilnehmenden. Zivilklausel-Arbeitskreise aus verschiedenen Städten sowie parteinahe Organisationen wie Die Linke. SDS und die SDAJ und weitere friedenspolitische Gruppen waren an der Vorbereitung beteiligt. Kassel ist ein vertrauter Ort für die Friedensbewegung: Die Universität Kassel hat seit 2013 eine Zivilklausel in ihrer Grundordnung verankert. Sie gilt deutschlandweit als Hochburg der Friedenswissenschaft. In Kassel tagt auch jährlich der bundesweite Friedensratschlag, bei dem Aktive aus der Friedensbewegung zusammenkommen, diskutieren und beraten.

In Deutschland verfügen heute etwa 70 Hochschulen über eine Zivilklausel. Maßgeblich wurden diese in der Zivilklausel-Bewegung in den 2010ern erkämpft und unter anderem in Hochschulgesetzen der Länder verankert. In diesem Lichte startete der Kongress mit einem Input aus der damaligen Zivilklausel-Bewegung: Nicht allzu lange nach dem Ende der Besatzung der BRD kamen die Diskussionen um eine Wiederbewaffnung Deutschlands auf, wogegen sich die Zivilklausel-Bewegung aus einer antifaschistischen Tradition der Nachkriegszeit richtete. Während und unter Einfluss des Golfkriegs gab sich die Uni Koblenz 1991 als erste Uni durch den akademischen Senat selbst eine Zivilklausel. Die Ökonomisierung der Hochschulen erhöhte zunehmend den Druck der Militarisierung des akademischen Sektors. In den 2010ern strichen einige Parlamente die Zivilklausel

2 Vgl. Daniel Krause, »Deutsche Waffen für die Ukraine: »Niemand liefert in ähnlich großem Umfang« – die Scholz-Ansage im Faktencheck«, Tagesspiegel, 08.06.2022.

3 Vgl. »Klingbeil fordert Produktionssteigerungen der Rüstungsindustrie«, Die Zeit, 28.11.2023.

4 Vgl. Anne Geschonneck, Militarisierung der Hochschulen und Zivilklauselbewegung, in: Z 94 (Juni 2013), S. 120-129.

5 Gerald Wagner, »Militärische Zeitenwende an den Universitäten?«, FAZ, 08.07.2022.

seln aus den Hochschulgesetzen. Dennoch behielt ein Großteil der Universitäten sie bis heute in ihren Grundordnungen. Wie Berichte aus verschiedenen Städten zeigten, steigt aktuell wieder der Druck von Seiten der Bundeswehr und von Rüstungskonzernen, sich in den Universitäten breit zu machen. Auch die Unileitungen verlieren nach und nach das Interesse, an einem zivilen Grundkonsens in der Forschung festzuhalten. Die Einsparungen im Bildungssektor beim laufenden Haushaltsentwurf im Bund sorgen außerdem dafür, dass Universitäten stärker auf Drittmittel von Rüstungskonzernen angewiesen sind.

Danach sprach der Friedens- und Konfliktforscher *Werner Ruf* über friedensbewegte Wissenschaft. Werner Ruf war bis 2003 Professor für Internationale Beziehungen an der Uni Kassel und ist selbst seit langem in der Friedensbewegung aktiv. Laut Ruf dürfen die Auseinandersetzungen um die Zivilklausel nicht bloß defensiv als Gegnerschaft gegen Rüstungskonzerne verstanden werden. Kritische Friedenswissenschaft muss sich stärker durch einen positiven Friedensbegriff begründen, der über die Abwesenheit von Krieg hinausgeht. Insbesondere Studierende sollten ihn in alle Orte der Uni tragen. Das anschließende Plenum diskutierte über diese bestärkende Aufforderung einer progressiven Friedenstätigkeit am Campus.

Am zweiten Tag des Kongresses wurden nach einem Input über die aktuelle Lage Kleingruppen gebildet, die sich mit wesentlichen Fragen in der Zivilklausel-Debatte, deren fortschrittlicher Weiterentwicklung und aktuellen Handlungsperspektiven beschäftigten. Neben einem Erfahrungsaustausch über das Zustandekommen von Zivilklauseln wurde über die Perspektiven der Wissenschaftskooperation und in einem Workshop über die historischen Grundlagen der grundgesetzlich verbrieften Wissenschaftsfreiheit und deren Auftrag bis heute diskutiert. Dabei wurde klar, dass eine Universität und Wissenschaft, die von Konkurrenz um Drittmittel-Projekte geprägt ist, diesen Auftrag der Wissenschaftsfreiheit negiert. Gerade das Wesen der Zivilklausel entspricht ihm dagegen und bildet die Grundlage für die weiteren Schritte der Bewegung, die sich an diesem letzten Oktober-Wochenende in Kassel versammelt hat. Alle Infos unter www.zivilklausel.de.

Maximilian Kisters für den Organisationskreis des Kongresses